

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Landkreistag ernennt Landrat Erich Pipa zum Ehrenpräsidenten

Bei der Präsidiumssitzung des Hessischen Landkreistages am 5. Juni 2017, der letzten vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des Landrates am 17. Juni 2017, wurde Herr Präsidenten Landrat Erich Pipa (Main-Kinzig-Kreis) feierlich die Würde eines Ehrenpräsidenten verliehen. In Anwesenheit seiner Kolleginnen und Kollegen aus dem HLT-Präsidium würdigte sein Stellvertreter im Amt des Präsidenten, Herr Erster Vizepräsident Landrat Bernd Woide (Landkreis Fulda), die Verdienste Pipas und dankte ihm für sein herausragendes Engagement für die Gemeinschaft der 21 hessischen Landkreise.

Erster Vizepräsident Landrat Bernd Woide führte hierzu aus: „Landrat Erich Pipa ist seit 18. Juni 2005 Landrat im Main-Kinzig-Kreis und übt dieses Amt noch bis Mitte Juni 2017 aus. Zuvor hatte er von 15. Oktober 1993 bis zu seiner Wahl als Landrat das Amt des hauptamtlichen (Ersten) Kreisbeigeordneten in diesem Landkreis inne. Zum Ersten Vizepräsidenten des Hessischen Landkreistages wurde er im Jahr 2009 gewählt, Präsident ist er seit dem Jahr 2013. In dieser Zeit war er in den unterschiedlichsten Gremien des Hessischen Landkreistages und hierbei insbesondere in der Bezirksversammlung Mitte als Vorsitzender sowie im Präsidium aktiv. Erich Pipa vertrat immer mit Nachdruck die Interessen der 21 hessischen Landkreise und setzte sich vehement, vor allem auch gegenüber dem Land und Bund, für die kommunale Selbstverwaltung ein. Eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, die Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen (SGB II) oder auch die Integration von Flüchtlingen waren und sind ihm Herzensangelegenheiten. Präsident Pipa hat dem Landkreistag ein Gesicht und eine starke Stimme gegeben. Hierfür gilt der große Dank der 21 hessischen Land-



**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

wie Sie dem nebenstehenden Leitartikel entnehmen können, hat der Hessische Landkreistag seinem langjährigen Präsidenten, Herrn Landrat a.D. Erich Pipa, für seinen Einsatz für die Belange der 21 hessischen Landkreise den Titel des Ehrenpräsidenten verliehen. Die offizielle Verabschiedung wird bei der Jahrestagung unseres Verbandes im November stattfinden.

Als Erster Vizepräsident unseres Verbandes wünsche ich Ihnen bei der Lektüre der vorliegenden aktuellen Ausgabe des Landkreistag Kompakt viel Vergnügen.

Ihr

**Bernd Woide (Erster Vizepräsident)
Landrat**

Inhalt

AKTUELLE THEMEN	SEITE 02
■ Hessischer Landkreistag unterstützt Forderungen des Deutschen Landkreistages zur Bundestagswahl 2017	
KURZ NOTIERT	SEITE 03
■ Kreistagsvorsitzende im Gespräch mit dem Landesverfassungsschutz	
■ Ausblick auf KFA der Jahre 2018 und 2019	
■ Kommunale Jobcenter präsentieren sich am Hessentag 2017	
■ Haushaltssituation der hessischen Landkreise 2016/2017	
AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG	SEITE 04
■ Europa greift kommunale Verankerung der Sparkassen an	
■ Koordinierung der Sprachkurse für Flüchtlinge gehört in kommunale Hände	
PERSONALIEN / TERMINE	SEITE 04

kreise, die diesem Dank durch die Verleihung des Titels eines Ehrenpräsidenten des Hessischen Landkreistages besonderen Ausdruck verleihen möchten.“

Satzungsgemäß scheidet Herr Landrat Erich Pipa mit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Landrates am 17. Juni

2017 auch aus dem Amt als Präsident des Hessischen Landkreistages aus. Die Neuwahlen des Präsidenten finden auf der Mitgliederversammlung/Jahrestagung des Hessischen Landkreistages am 10. November 2017 statt. Bis dahin wird der Verband von Herrn Ersten Vizepräsidenten Landrat Bernd Woide geleitet.

Hessischer Landkreistag unterstützt Forderungen des Deutschen Landkreistages zur Bundestagswahl 2017



Der Deutsche Landkreistag hat einen umfassenden Forderungskatalog der Landkreise zur Bundestagswahl vorgelegt. Darin werden 25 politische Erwartungen an den Bund formuliert um die Landkreise bei ihren wichtigen Zukunftsaufgaben wie z.B. der Integration, bei Investitionen oder der Anpassung von Infrastrukturen an den demografischen Wandel zu unterstützen.

Über kurz oder lang bleibt es dabei, dass es trotz vielfältiger punktueller Finanzspritzen des Bundes und weiter anziehender Konjunktur um die finanzielle Ausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden dem Grunde nach nicht gut bestellt ist. Zu hoch sind die Kassenkredite und zu gering ist die Investitionskraft aufgrund struktureller Unterfinanzierung. Es ist daher höchste Zeit, strukturell und dauerhaft etwas für die Kommunen zu tun, statt immer wieder nur punktuell die größten Löcher zu stopfen.

Im Mittelpunkt der Forderungen stehen des Weiteren die ländlichen Räume, mit denen sich insgesamt zehn Punkte des Katalogs auseinandersetzen: Es geht darum, die Landkreise als Wirtschaftsstandorte voranzubringen, um Digitalisierung und Flexibilisierung von Angeboten, um den Ausbau des schnellen Internets, um die Sicherstellung des Öffentlichen Nahverkehrs auf Straße und Schiene auch in entlegeneren Gebieten, um attraktives Wohnen, eine flächendeckende medizinische Versorgung und passende Förderanreize bei Unternehmensansiedlungen. Die Schaffung eines Bundesministeriums für die ländliche Entwicklung könnte hier einen wesentlichen Beitrag zur Bündelung verschiedener Zuständigkeiten leisten.

Die Erwartungen des Deutschen Landkreistages an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode (2017-2021) sind:

- Kommunale Umsatzsteuerbeteiligung erhöhen und neu justieren
- Koordinierungsstelle der Bundesregierung für kommunale Belange einrichten
- Gewerbe- und Körperschaftsteuer gerecht verteilen
- Bankenregulierung: Keine Gefährdung der kommunalen Sparkassen zulassen
- Europäische Zinspolitik: Negativzinsen beenden

- Ländliche Räume als Wirtschaftsstandorte voran bringen
- Förderung durch die Gemeinschaftsaufgaben schlagkräftiger machen
- EU-Förderung stärker auf den ländlichen Raum zuschneiden
- Breitbandausbau intensivieren
- Digitalisierungsoffensive starten
- Verkehrsanbindung und ÖPNV in der Fläche sichern
- Attraktives Wohnen in ländlichen Räumen befördern
- Wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in der Fläche ermöglichen
- Strukturen der Flüchtlingsintegration verbessern
- Asyl- und Ausländerrecht konsequenter ausgestalten
- Unterkunftskosten für Flüchtlinge auch nach 2018 dauerhaft übernehmen
- Rolle der Kommunen in der Pflege stärken
- Vorgelagerte Sicherungssysteme inklusiv ausgestalten
- Kommunale Mehrkosten durch Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetze kompensieren
- Eingliederung in Arbeit unterstützen und SGB II- Leistungsrecht vereinfachen
- Ausbau der Kindertagesbetreuung weiter forcieren
- Medizinische Versorgung überall sicherstellen
- Krankenhäuser in der Fläche halten
- Koordinierende Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes stärken
- Zahl der kommunalen Vertreter im Ausschuss der Regionen erhöhen

Der gesamte Forderungskatalog steht auf der Homepage www.landkreistag.de zum Download zur Verfügung.

Kreistagsvorsitzende im Gespräch mit dem Landesverfassungsschutz

Anlässlich des diesjährigen Seminars der hessischen Kreistagsvorsitzenden am Rande des Hessentages berieten die Vertreterinnen und Vertreter der hessischen Kreistage aktuelle Themen des Verfassungsschutzes in Hessen.

Als überaus kompetenter Ansprechpartner ermöglichte der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herr Robert Schäfer, vertiefende Einblicke zu den aktuellen Herausforderungen. Er ging hierbei auf die Gefährdungen durch extremistischen und insbesondere islamistischen Terror ein und erörterte mit den Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, wie die Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Ebenen und der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung, aber auch der Prävention in diesem Bereich verbessert werden könnte.

Ausblick auf KFA der Jahre 2018 und 2019

Unter Teilnahme der Kommunalen Spitzenverbände erläuterte Staatsminister Dr. Schäfer im Rahmen des sogenannten Chefgespräches die Eckpunkte des Landeshaushaltes für die Jahre 2018 und 2019. Danach wird das Ausgleichsvolumen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) im Jahr 2018 um 306 Mio. Euro und im Jahr 2019 um 107 Mio. Euro auf dann rund 5 Mrd. Euro anwachsen. Die Allgemeinen Schlüsselzuweisungen an die hessischen Landkreise steigen dadurch in 2018 in Summe voraussichtlich um 82 Mio. Euro und in 2019 um 40 Mio. Euro auf dann rund 1,2 Mrd. Euro.

Zum Doppelhaushalt 2018/2019 des Landes hat der Hessische Landkreistag unter anderem die Forderung angemeldet, dass die innerhalb des KFA gewährte besondere Finanzausweisung zu den Ausgaben für Straßen ab 2018 um mindestens 4,2 Mio. Euro auf dann 18,2 Mio. Euro erhöht werden muss. Hintergrund ist, dass diese laufende Zuweisung trotz des ständig wachsenden Instandhaltungs- und Sanierungsbedarfs und der nicht unerheblichen Preissteigerungen seit über 15 Jahren unverändert bei 14 Mio. Euro stagnierte. Ein Anstieg dieser Mittel ist daher überfällig.

Ferner hat der Hessische Landkreistag auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, dass zusätzliche originäre Landesmittel bereitgestellt werden müssen, um zu einem wirksamen Abbau von Altdefiziten/Kassenkrediten beizutragen. Diese Forderung ist darin begründet, dass derzeit das Land an aufsichtlichen Vorgaben dazu arbeitet, welche für die Mitgliedskreise unter Umständen derart erhebliche finanzielle Restriktionen mit sich bringen würden, dass dies letztendlich ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung wäre.

Kommunale Jobcenter präsentieren sich am Hessentag 2017



Unter regem Zuspruch stellten die hessischen Kommunalen Jobcenter (KJC) auf dem diesjährigen Hessentag in Rüsselsheim am Main ihre Arbeit vor. Die Beauftragten für Chancengleichheit informierten einen Tag über die gleichberechtigte Förderung von Frauen und Männern im SGB II-Bezug. An insgesamt zwei Tagen präsentieren die KJC als Ganzes ihre Arbeit. Fortwährend wurde dem breiten Publikum neben dem Arbeitgeberservice auch die KJC als Arbeitgeber selbst vorgestellt. Am zweiten Tag stand die „soziale Teilhabe“ im Vordergrund. Es wurden unter anderem Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket angeboten und über das Angebot der regionalen Schuldnerberatungen informiert.

Die Veranstaltung wurde finanziell aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration unterstützt und federführend mit dem Kommunalen Jobcenter Kreis Groß-Gerau (AöR) als gastgebender Landkreis, der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) und der Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages organisiert.

Haushaltssituation der hessischen Landkreise 2016/2017

Die Ergebnisse der aktuellen Haushaltsumfrage unter den 21 hessischen Landkreisen weisen im Haushaltsjahr 2016 ein gegenüber 2015 deutlich verbessertes Gesamtergebnis in Höhe von 183,7 Mio. Euro aus. Im laufenden Haushaltsjahr 2017 könnte das kumulierte Gesamtergebnis aller hessischen Landkreise ausweislich der Haushaltsplanungen mit erwarteten 6,8 Mio. Euro gerade noch positiv ausfallen.

Der Kassenkreditbestand wird nach einem leichten Rückgang in 2016 zum 31.12.2017 auf voraussichtlich 3,3 Mrd. Euro anwachsen. Die unbestrittene Konsolidierungswirkung des Schutzschirms auf die Kreishaushalte ist damit zur dauerhaften Behebung einer strukturellen Unterfinanzierung offenkundig nicht ausreichend. Sollte das Land angesichts aktuell guter ökonomischer Rahmenbedingungen einen verstärkten Abbau der Kassenkreditbestände in den Fokus aufsichtlichen Handelns nehmen, so zeigen die Umfrageergebnisse, dass dies nur mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung des Landes gehen wird.

Europa greift kommunale Verankerung der Sparkassen an

Der Deutsche Landkreistag hat die Vorschläge von europäischer Seite zurückgewiesen, wonach für Politiker und staatliche Vertreter in Aufsichtsorganen von Banken und Sparkassen die Vermutung eines per se bestehenden generellen Interessenkonfliktes gelten soll. „Das würde bedeuten, dass die Landräte und Oberbürgermeister als Trägervertreter in den Verwaltungsräten der Sparkassen diese Ämter nicht mehr bekleiden dürften. Das wäre ein Strukturbruch und würde die kommunale Verankerung der Sparkassen wesentlich schwächen“, so DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager. „Dazu darf es keinesfalls kommen.“

Nach den Leitlinienvorschlägen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) und der Europäischen Zentralbank (EZB) auf dem Gebiet der Corporate Governance soll pauschal eine solche Unvereinbarkeit bestehen. Danach wird ein wesentlicher Interessenkonflikt vermutet, wenn ein Mitglied im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan bzw. eine ihm nahestehende Person aktuell (oder in den letzten zwei Jahren) eine Position mit hohem politischem Einfluss bekleidet (hat), sofern das politische Amt mit spezifischen Befugnissen ausgestattet ist.

Sager machte deutlich, dass die Entwürfe an den Grundsätzen des deutschen Sparkassenwesens rütteln: „Es kann nicht sein, dass die prägenden Strukturmerkmale des deutschen Sparkassenwesens, allen voran die kommunale Trägerschaft, im Wege von Verwaltungsanweisungen und -leitlinien, die nicht mehr der Zustimmung der Mitgliedsstaaten bedürfen, ausgehebelt werden sollen. Das das kommunale Sparkassenwesen tragende und prägende Element der kommunalen Trägerschaft würde damit schwer beschädigt.“

Koordinierung der Sprachkurse für Flüchtlinge gehört in kommunale Hände

Der Deutsche Landkreistag hat einen Vorschlag zur maßgeblichen Verbesserung der Integration geflüchteter Menschen vorgelegt. Danach soll den Landkreisen und Städten,

die diese Aufgabe übernehmen wollen, die Koordinierung der Sprachkurse vor Ort übertragen und sie zudem in die Lage versetzt werden, eine konkrete Zusteuerung von Teilnehmern in die Kurse vorzunehmen.

Präsident Landrat Reinhard Sager dazu: „Integration darf nicht scheitern. Dafür sind wir bereit, weitere Verantwortung zu übernehmen. Deshalb wollen wir an der wesentlichen Stellschraube einer frühen Integration – nämlich dem Spracherwerb – drehen und insbesondere erreichen, dass Flüchtlinge und andere Migranten möglichst zeitnah einen Zugang zu den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verantworteten Sprachkursen erhalten. Hier läuft aktuell längst nicht alles optimal, vor allem kommt es zu teilweise erheblichen Wartezeiten, die den Integrationsprozess verzögern. Dieser Fehler muss behoben werden.“

PERSONALIEN

Zum 18. Juni 2017 hat Herr Thorsten Stolz (SPD) die Nachfolge von Herrn Erich Pipa (SPD) als Landrat des Main-Kinzig-Kreises angetreten.

Nachfolger von Herrn Burkhard Albers (SPD) als Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises ist ab dem 5. Juli 2017 Herr Frank Kilian (unabhängig).

Neue hauptamtliche Kreisbeigeordnete im Main-Taunus-Kreis ist seit dem 1. April 2017 Frau Madlen Overdick (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

TERMINE

■ Landräte-Seminar

Montag bis Mittwoch, 21.08.- 23.08.2017, 13:00 Uhr, Berlin

■ HLT-Ehemaligentreffen

Dienstag, 29.08.2017, 12:30 Uhr, Rüsselsheim

■ Bezirksversammlung Mitte

Mittwoch, 06.09.2017, 10:00 Uhr, Wetzlar

■ Bezirksversammlung Süd

Donnerstag, 07.09.2017, 09:30 Uhr, Odenwaldkreis

■ Bezirksversammlung Nord

Dienstag, 12.09.2017, 09:00 Uhr, Kassel

■ Präsidium

Donnerstag, 14.09.2017, 09:30 Uhr, Wiesbaden



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH

Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt
(geschäftsführend)
Direktor Matthias Drexelius

HERAUSGEBER

Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag (S. 1 u. S. 3)
Fotolia Bildagentur (S. 2)